

Information für den Parteivorstand

10. November 2016

Stellungnahmen von Gliederungen der DKP zur 5. PV-Tagung

Inhalt

- 1. Beschluss der 5. PV-Tagung**
- 2. Reaktionen aus Bezirken**
- 3. Reaktionen aus Kreisen und Gruppen**

1. Beschluss der 5. Parteivorstand-Tagung

Zur Umsetzung des Beschlusses des 21. Parteitags der DKP

„Analysieren, diskutieren, entscheiden – gemeinsam Beschlüsse umsetzen!“

Mit der Veröffentlichung der sogenannten „Thesen des Sekretariats“ im Vorfeld des 19. Parteitags der DKP 2010 wurden gärende inhaltliche Debatten für viele nachvollziehbar. Sie drehen sich zum Beispiel um Fragen wie:

Einschätzung der Situation und Entwicklung des Imperialismus, weltweit in der EU und in Deutschland.

Wege zum Sozialismus, zum revolutionären Subjekt, zur Dialektik von Reform und Revolution, zur Arbeiterklasse und deren Entwicklung.

Rolle und Aufgabe der Kommunistischen Partei.

Notwendigkeit des Bruchs mit kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen. Dabei wurde auch die offene Gefahr des Abgleitens in den Reformismus deutlich. Zum Beispiel wurde in den „Thesen“ der Begriff Imperialismus weitgehend ersetzt durch „Neoliberalismus“ oder „globaler Kapitalismus“, wurde die Kommunistische Partei zu einem „Moderator“ von Bewegungen und Allianzen gemacht und wurde der Sozialismus als „das gemeinsame Projekt von gleichberechtigten unterschiedlichen sozialen und weltanschaulichen im weitesten Sinne emanzipatorischen Kräften“ bezeichnet.

Wenn wir heute erleben, dass VertreterInnen dieser Strömung unserer griechischen Schwesterpartei KKE die Solidarität verweigern und stattdessen offen die Repräsentanten des Sozialabbaus in Griechenland Syriza unterstützen, wird auch hier deutlich: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Verteidigung unserer Existenz als Kommunistische Partei, also als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Wir wollen diese Diskussionen weiterführen und schlagen vor, dass wir sie im Vorfeld des 22. Parteitags auf die Frage konzentrieren, warum die antimonopolistische Strategie als revolutionäre Strategie der DKP richtig ist und wie wir sie unter den heutigen Bedingungen konkretisieren und in die Praxis umsetzen können.

* Die Befürworter der „Thesen“ antworteten damals auf den Vorhalt, dass dieses Dokument in einem Widerspruch zum Programm der DKP stehe, mit dem Argument, dass sich die Programmatik einer Kommunistischen Partei durch die Weiterentwicklung der Analyse einer sich verändernden Realität auch weiterentwickeln müsse. Im Gegensatz zur damaligen Aussage werfen sie heute, sich „Programmströmung“ nennend, dennoch allen, die inhaltlich im Widerspruch zu ihnen sind, vor, nicht auf dem Boden des Programms zu stehen. Das, obwohl sie gemeinsam mit uns wissen, dass zum Beispiel die Entwicklung der EU im Verhältnis zu 2006 deutlicher gemacht hat, dass es sich um ein imperialistisches Konstrukt handelt, das überwunden werden muss. Der revolutionäre Charakter unseres Parteiprogramms hat sich seitdem mehrfach als richtig erwiesen.

* Wir müssen feststellen: Die Strömung, die sich um die Inhalte der Thesen versammelt hat, entfernt sich von Programm, Statut, Grundsätzen marxistischer Politik und lehnt die Ergebnisse der vergangenen beiden Parteitage ab, sie kündigt das gemeinsame Handeln auf. Beispiele sind -Eigene Demoblöcke mit Fahnen der Europäischen Linken zum Beispiel bei der Blockupy- und der TTIP-Demo-Gegenveranstaltungen zur Luxemburg-Liebkecht-Veranstaltung der Partei

Mit der „marxistischen linken“, dem der DKP gestohlenen Nachrichtenportal „kommunisten.de“, Treffen zu denen nicht parteiöffentlich eingeladen wurde, eigener internationaler Arbeit und schließlich der Gründung des sogenannten „kommunistischen Netzwerks“ hat sich die Strömung eigene Strukturen geschaffen. Dabei wird der Grundsatz „offen diskutieren, gemeinsam handeln“ immer weiter außer Kraft gesetzt.

Der Parteivorstand hat sich in der vergangenen Periode mehrfach mit diesem Problem befasst und die Genossinnen und Genossen aufgefordert, dies zu unterlassen. Dabei standen wir immer für die inhaltliche Debatte, zum Beispiel mit den theoretischen Konferenzen. Eine Ausgrenzung fand nicht statt.

Der 21. Parteitag hat diese Herangehensweise zum Beschluss erhoben, er „fordert diese Genossinnen und Genossen auf, die Bildung eigener Strukturen in der Partei zu unterlassen bzw. sich nicht an dem sogenann-

ten „kommunistischen Netzwerk“ in der DKP zu beteiligen und stattdessen in den Gliederungen der Partei zu diskutieren und zu handeln.“

Die Genossinnen und Genossen, die das Netzwerk organisieren, haben die Beschlüsse des 21. Parteitags ignoriert und bewusst gegen sie gehandelt:

- a) Sie haben den „Offenen Brief“ des Netzwerks formuliert, darunter Unterschriften gesammelt. Im „offenen Brief“ findet sich das Statut nicht (mehr) als Grundlage der Arbeit des Netzwerks, die wesentlichen Ergebnisse des 21. Parteitags werden diffamiert und abgelehnt, den vergangenen beiden Parteitag der DKP wird unterstellt, dass sie „für ein zentralistisches Parteikonzept ohne lebendigen wissenschaftlichen Diskurs“ stünden.
- b) Der Bezirksvorstand Südbayern hat beschlossen, den Parteitagsbeschluss zur Kandidatur der DKP zu den Bundestagswahlen 2017 nicht umzusetzen.
- c) Im sogenannten „Dorf des Widerstands“ beim UZ-Pressfest gab es ein Wandzeitungsprojekt mit Karikaturen, die Beschlüsse des Parteitags mit teils antikommunistischen Klischees verunglimpften, bei Kommunisten politische Gemeinsamkeit mit Faschisten und Esoterikern behaupteten und die Pressefestbesucher aufforderten, dies zu kommentieren.

Der 21. Parteitag hat den Parteivorstand aufgefordert, die Situation in der Partei zu analysieren und Maßnahmen einzuleiten, um weiteren Schaden abzuwenden. Aus unserer Sicht ist die Fraktionsbildung abgeschlossen.

Das Statut unserer Partei ist dazu eindeutig: „Kommunistinnen und Kommunisten lassen sich stets von dem Grundsatz leiten, dass ihr gemeinsames Handeln die Voraussetzung der Aktionsfähigkeit und Stärke der Partei ist. Darum verbindet sich in der DKP die breite innerparteiliche Demokratie mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion.“ „Kommunistinnen und Kommunisten halten die innere Ordnung der Partei als für jedes Mitglied verbindlich. Sie verstehen die Bildung von Fraktionen, d.h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei.“ Dabei sehen wir durchaus Unterschiede bei den handelnden Personen. Aber wir sehen die Partei und ihre Entwicklung durch die Fraktionstätigkeit und durch das Aufkündigen des gemeinsamen Handelns tatsächlich gefährdet. Daher sehen wir uns gezwungen zu handeln.

Die Bildung eigener Strukturen in Kombination mit dem Aufkündigen des gemeinsamen Handelns kann nicht hingenommen werden. Offensichtlich lässt sich das auch nicht mehr durch inhaltliche Diskussionen überwinden.

Wir sind der Meinung, dass ein Teil der Parteioption den Boden der Gemeinsamkeit verlassen hat. Wenn gemeinsames Handeln aufgekündigt wird, dann droht die Zerstörung der Partei. Dann muss die Partei auch organisationspolitisch reagieren. Wir rufen die Partei auf dies zu diskutieren. Wir werden der 6. Tagung des Parteivorstands im November entsprechende Vorschläge unterbreiten, um weiteren Schaden von der DKP abzuwenden.

(angenommen bei 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

2. Reaktionen aus den Bezirken

DKP Baden-Württemberg

Die Bezirksorganisation Baden-Württemberg hat auf ihrer BV-Sitzung am 1. Oktober und am 22. Oktober auf der BMV zum Antrag des PV diskutiert. Die Ergebnisse dieser Diskussion sind wie folgt.

1. Die DKP Baden-Württemberg unterstützt den Beschluss des PV.
2. Wir halten die Fortführung der inhaltlichen Diskussionen für notwendig. Dabei sind die entscheidenden Fragen die Aufgabe und Rolle der Kommunistischen Partei und damit unser Selbstverständnis und unsere Organisationsprinzipien.
3. Es muss um eine differenzierte Betrachtung der Akteure der Fraktion in den einzelnen Bezirken und ihr konkretes Handeln gehen. So gibt es GenossInnen in Baden-Württemberg die den Brief des „Netzwerkes“ unterschrieben haben, sich gegen die Teilnahme an den Bundestagswahlen aussprechen, gleichzeitig aber betonen, dass sie die beschlossene Politik umsetzen. Wenn diese Haltung, eingreifen in die Diskussion auch mit kontroversen Positionen und gemeinsames Umsetzen der Beschlüsse, sich durchsetzt, wird sie die Partei stärken.
4. Gleichzeitig ist es für uns nicht hinnehmbar, dass sich einzelne GenossInnen aber auch Gliederungen gegen die gemeinsame Umsetzung von Beschlüssen stellen. Dies gefährdet die organisatorischen Prinzipien der kommunistischen Partei und wir halten die Zeit für gekommen, in solchen Fällen als Partei auch zu handeln. Konkrete Schritte sollten nach Möglichkeit die entsprechenden Bezirke angehen.
5. Als Bezirksorganisation wollen wir gezielt mit den zwei bis drei Grundorganisation, die Kritik am Kurs der Partei haben, in die Diskussion gehen.

Björn Blach

Bezirksvorsitzender

Landesverband Berlin

Der Landesvorstand Berlin der DKP teilt die Einschätzung des o.g. Beschlusses hinsichtlich der Entwicklung der Partei bis zum 20. Parteitag.

Der Landesvorstand Berlin der DKP teilt ebenso die Feststellung des Parteivorstandes zur Einschätzung der Fraktionsbildung der heutigen revisionistischen Minderheit in der Partei. Gezielt hat diese Gruppe in der Partei auf die Bildung eigener Strukturen hingearbeitet. Allen Angeboten der gemeinsamen Debatte wurden mit weiteren Maßnahmen zu Festigung dieser Strukturen begegnet.

Der Landesvorstand Berlin der DKP plädiert für die Fortführung der Debatte um die richtige Positionierung unserer Kommunistischen Partei. Der Parteivorstand muss verstärkt die inhaltlichen Unterschiede herausarbeiten, damit sie für noch mehr Mitglieder der Partei nachvollziehbar werden.

Konsequenzen wären nach unserer Auffassung hinsichtlich der organisatorischen Festigung der Fraktionsarbeit zu vollziehen. Dem Parteivorstand wird daher vorgeschlagen, einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der Mitgliedschaft in der DKP und dem so genannten Verein Marxistische Linke e.V. bzw. dem selbsternannten kommunistischen Netzwerk in Erwägung zu ziehen.

Die Unvereinbarkeit können wir in Berlin und bundesweit an verschiedenen Punkten deutlich machen:

- Unvereinbar mit unserem Statut sind die Nichtbeteiligung von Mitgliedern des Vereins und Netzwerks am DKP-Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus und die Weigerung Stützunterschriften für die Beteiligung an den Wahlen zu leisten. Auch das Auftreten des Vereins mit eigenen Fahnen auf der Luxemburg-Liebknecht-Demo, der 1.-Mai-Demo und der Anti-TTIP-Demo 2016 in Berlin ist unvereinbar mit unseren Grundsätzen.
- Unvereinbar mit unserem Programm und Statut ist die Nichtbeteiligung von dieser Fraktion an den Aktivitäten ihrer Gruppen ebenso, wie die Nichtbeteiligung an den Beitrag der Landesorganisation auf dem Pressefest. Mit dem so genannten Dorf des Widerstands wurden gezielt Kräfte aus verschiedenen Landesbezirken abgezogen.
- Unvereinbar mit unserem Parteiprogramm ist die Leugnung der Rolle der kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse und ihrer Aufgabe, Klassenbewusstsein und Klassenorganisation zu schaffen. Dasselbe gilt für die von Verein und Netzwerk vertretene Leugnung der Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs auf dem Weg zum Sozialismus und die damit verbundene Ideologie der Transformation.
- Die aus Verein und Netzwerk erfolgte Diffamierung der Beschlüsse des 21. Parteitags zur Europäischen Linkspartei und zum Charakter der Europäischen Union als linkssektiererisch ist ebenfalls unvereinbar mit der strategischen Orientierung der DKP. Trotz Parteitagsbeschluss verwenden sie das Logo der EL auf Parteimaterialien.

In Einzelfällen, in denen offensichtlich, bewusst, wiederholt und trotz Hinweis unsere organisationspolitischen Grundsätze verletzt werden sind wir der Meinung, dass dieses von den Gremien der Partei vor die Schiedskommission gebracht und beschieden werden muss.

Berlin, den 5. November 2016

3. Reaktionen aus Kreisen und Gruppen

DKP Braunschweig

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Wir rufen die Partei auf, dies zu diskutieren.“ heißt es im Beschluss des Parteivorstandes vom 10./11. September 2016. Diskutiert werden sollen die angedrohten „organisationspolitischen Reaktionen“, begründet mit dem Vorwurf der Fraktionsbildung in unserer Partei.

Wobei im o.g. Beschluss „Unterschiede bei den handelnden Personen“ gesehen werden.

In derselben PV-Tagung wurden Karikaturen unseres Genossen Bernd Bücking als „diffamierend, ehrabschneidend und bürgerlich-antikommunistisch“ bezeichnet.

Wir haben beide Beschlüsse diskutiert und fordern Euch hiermit auf, beide zurückzunehmen.

Der Vorwurf der Fraktionstätigkeit und der Aufkündigung gemeinsamen Handelns ist unbegründet und mehrfach widerlegt. Er wird nicht glaubwürdiger wenn er wiederholt wird.

Geradezu absurd wird die Argumentation des PV, wenn den angeblichen Fraktionierern Positionen vorgeworfen werden, die im Programm unserer Partei stehen.

So heißt es im Beschluss des PV:

„Dabei wurde auch die offene Gefahr des Abgleitens in den Reformismus deutlich. Zum Beispiel wurde in den „Thesen“ der Begriff Imperialismus weitgehend ersetzt durch „Neoliberalismus“ oder „globaler Kapitalismus“, wurde die Kommunistische Partei zu einem „Moderator“ von Bewegungen und Allianzen gemacht und wurde der Sozialismus als „das gemeinsame Projekt von gleichberechtigten unterschiedlichen sozialen und weltanschaulichen im weitesten Sinne emanzipatorischen Kräften“ bezeichnet.“

Dazu heißt es im Programm:

„Die DKP geht davon aus, dass der Sozialismus das gemeinsame Werk all der Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren politische und weltanschauliche Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen. Die weltanschauliche Grundlage für die sozialistische Zielsetzung der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Andere Zugänge können aus religiösen oder allgemein humanistischen Überzeugungen, aus antifaschistischen, feministischen, pazifistischen, globalisierungskritischen, aus antirassistischen oder ökologischen Motiven erwachsen.“

Wir beurteilen die angedrohten „organisationspolitischen Reaktionen“ als Disziplinierungsversuch.

Offensichtlich soll mit Parteiordnungsverfahren die politische Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der DKP entschieden werden. Besonders die Androhung, bestimmte Genossinnen und Genossen „unterschiedlich“ zu behandeln, erzürnt uns. Organisationspolitische Maßnahmen gegen ausgesuchte Genossinnen und Genossen werden wir deshalb als auch gegen uns gerichtet ansehen.

Sollte es zur Einleitung von Parteiordnungsverfahren entsprechend dem o.g. Beschluss kommen, sehen wir die Existenz der DKP als gefährdet an.

Der Beschluss zu den Karikaturen Bernd Bückings hat uns erschüttert. Natürlich sind Karikaturen zuspitzend, sonst wären sie keine. Aber: Einen Karikaturen-Streit kennen wir aus dogmatischen Kirchen. Eine Partei, die ihre Wurzeln in der Aufklärung hat, kann sich das nicht erlauben.

Wir teilen die Einschätzung von Georg Polikeit:

„ . . . gleichzeitig muss weiter über die unterschiedlichen Meinungen offen gesprochen und diskutiert werden. In einer möglichst sachlichen Debatte ohne verfälschende Etikettierungen. Das braucht Geduld und Weitsicht. Aber darin liegt meiner Ansicht nach die einzige Chance für die DKP, zu neuem Ansehen und zu neuer Kraft zu kommen. Alles andere führt in die totale Bedeutungslosigkeit.“

Braunschweig, 5. Oktober 2016

DKP Kreis Braunschweig

DKP Kiel

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf der letzten MV haben wir über die Frage des weiteren Umgangs mit der Parteiopposition diskutiert und die folgende Position dazu formuliert:

zur Frage des weiteren Umgangs mit der Organisation „marxistische linke“ und dem sogenannten Netzwerk kommunistische Politik in der DKP stellen die Teilnehmer*innen der Mitgliederversammlung der DKP Kiel am 26.10.2016 fest:

Wir haben erlebt, dass sich Genoss*innen, die sich der genannten Organisation bzw. der Parteifraktion zu rechnen, längst von unserer Parteiorganisation getrennt haben und ihre eigene Politik machen. Die ML haben wir gleich nach ihrer Gründung wahrgenommen als ersten Versuch, eine organisatorische Plattform für die Mitglieder zur Verfügung zu stellen, die sich – z. T. schon seit dem 20. Parteitag – der Parteidisziplin nicht mehr fügen und auch nach außen eine abweichende Politik vertreten wollten; das tun sie ja inzwischen sogar auf internationaler Ebene.

Anfänglich wiederholte Versicherungen, das sei doch ganz anders gemeint, haben uns angesichts der offensichtlichen Diskrepanz zwischen diesen Beteuerungen und der Praxis nicht überzeugt.

Und das sogenannte „Netzwerk kommunistische Politik“ – nun, eine Sonderorganisation in einer Kommunistischen Partei, die zur Kennzeichnung ihres ganz besonderen Vorhabens und sozusagen als Alleinstellungsmerkmal hervorhebt, *kommunistische* Politik betreiben zu wollen, das ist nochmal eine besondere Frechheit gegenüber allen Mitgliedern, die sich dieser Fraktion nicht anschließen und selbstverständlich, wie es sich unserer Meinung nach gehört, in den Grundorganisationen der DKP arbeiten. Die Netzwerker*innen suchen es sich offensichtlich je nach den vor Ort gegebenen Mehrheitsverhältnissen aus, ob sie sich das noch antun wollen.

In der Diskussion wurde auch der von einigen Genoss*innen betriebene Versuch, die SDAJ zu spalten, angesprochen. Die versuchte Überführung von SDAJ-Gruppen in die "demokratische Jugendorganisation" mit dem heuchlerischen Namen "Unite", die auf der nun ML-eigenen Website "kommunisten.de" massiv beworben wurde, ist für uns ein besonders schäbiges Beispiel für eine unter dem Label der Einheit betriebene Spaltungspolitik.

Für uns stellt sich also der aktuelle Prozess ganz anders dar, als er im Offenen Brief des Netzwerks entwickelt wird. Mit seinen politischen Ansichten in die Minderheit zu geraten, das kann jeder und jedem passieren; es begründet nicht den Vorwurf, "an den Rand gedrängt" zu werden. Wir haben jedenfalls niemanden persönlich an den Rand gedrängt, und wir haben niemals die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Partei und zum gemeinsamen Auftreten als Partei aufgegeben. In der Auseinandersetzung sind wohl mehrfach harte und auch verletzende Worte gefallen, aber dies von allen Beteiligten; bedauerlich ist es in jedem Fall und soll auch nicht entschuldigt werden.

Wir setzen weiter auf die Zusammenarbeit mit den Genoss*innen der ML und natürlich auch mit den Ausgetretenen, von denen wir manche*n bei verschiedenen Anlässen (in der antifaschistischen Arbeit, in der Friedensarbeit, in der Vorbereitung von Veranstaltungen zum Jahrestag der Novemberrevolution, in der Gewerkschaftsarbeit...) wieder treffen. Eine Zusammenarbeit findet hier also tatsächlich statt. Leider hat sie, bedingt durch das Verhalten dieser Genoss*innen, schon heute eher den Charakter von Bündnisarbeit und kaum noch von gemeinsamer Parteiarbeit.

Im Ergebnis sehen wir das Verhalten der Genoss*innen von ML und NkP als statutenwidrig und parteischädigend an.

Wir haben den Eindruck, dass zumindest einige Genossinnen und Genossen, die der ML und/oder der Parteifraktion angehören, organisatorische Maßnahmen zu ihren Ungunsten geradezu provozieren. Möglicherweise meinen sie, sich dann nach außen noch besser als Opfer einer undemokratischen Organisationspolitik

hinstellen zu können. Ein Verhalten, dass besonders Genoss*innen, die die vielfachen Spaltungen in der kommunistischen Bewegung (auch über die DKP hinaus) miterlebt haben, nur allzu gut bekannt ist.

Wir stimmen der Einschätzung zu, dass sich die DKP in einer existenziellen Krise befindet. Aus Rücksicht darauf die fortgesetzten Provokationen unbeantwortet zu lassen, öffnet keinen Ausweg aus dieser Krise - im Gegenteil.

Erwähnt werden muss, dass an dieser Mitgliederversammlung, deren Tagesordnung lange bekannt war, nicht alle Genoss*innen teilgenommen haben. Es ist anzunehmen, dass nicht alle von ihnen die oben dargestellten Auffassungen der Mehrheit der Parteimitglieder teilen.

Mitgliederversammlung der DKP Kiel, 26.10.16

DKP Erlangen

Mit der 5. Parteivorstandstagung schlägt die derzeitige Parteivorstandsmehrheit ein neues Kapitel in der innerparteilichen Auseinandersetzung auf. Es beinhaltet – in Rede, Diskussion und Beschlüssen – eine weitere Verschärfung in der Tonart gegen die Kritiker des jetzigen Kurses, bei gleichzeitiger Androhung organisationspolitischer Maßnahmen gegen sie.

Die Befürchtungen des langjährigen, verdienten früheren UZ-Chefredakteurs Georg Polikeit, der in einem umfassenden und vielbeachteten Positionspapier vor dem Pressefest zum Parteistreit Stellung bezog, werden offenbar Wirklichkeit. - Auch der bundesweit seit Jahrzehnten bekannte und bedeutende linke Gewerkschaftstheoretiker Frank Deppe hat in einer Antwort an Georg Polikeit (auf dessen Papier) diese Gefahren gesehen. – Es geht jetzt um den Erhalt der DKP. Und zwar nicht um ihrer selbst willen, sondern weil sie gebraucht wird – mehr denn je. Viele Hunderte Genossinnen und Genossen (darunter erfahrene Betriebsarbeiter, Kommunalpolitiker, langjährige Parteimitglieder), die unsere Partei seit dem Parteitag 2013 verlassen haben, sowie die organisationspolitische und finanzielle Schwächung werden vom Parteivorstand und der Parteimehrheit seit Jahren verschwiegen. Die UZ hat z.B. bis heute weder den Offenen Brief des „Netzwerks kommunistische Politik“ mit mehreren Hundert Unterstützer*innen noch die Meinungsäußerung von Georg Polikeit abgedruckt. Patrick Köbele spricht auf dieser PV-Tagung davon, dass keine Ausgrenzung von Meinungen stattgefunden hat

Das Gegenteil ist der Fall: Es gibt kaum noch Ausgaben der UZ, in denen andere Meinungen als die der jetzigen Mehrheit zu Wort kommen; als Kritiker des PV-Kurses bekannte Genoss*innen werden systematisch ausgegrenzt: sowohl in der Zeitung als auch von Wahlfunktionen. So ist im Parteivorstand nur noch Uwe Fritsch (Betriebsratsvorsitzender VW Braunschweig) als erklärter Kritiker des Kurses des PV vertreten. Wir fordern den PV auf, die politische Debatte in der Partei zu fördern.

Dazu gehört, dass auch Kritiker*innen und Vertreter*innen anderer politischer Auffassungen auf Parteiveranstaltungen wieder als Referent*innen auftreten dürfen. Dazu gehört, dass auch alternative politische Meinungen – wieder – in der UZ abgedruckt werden. Die Leitungsgremien haben außerdem die Aufgabe, aus diesen Debatten heraus Gemeinsamkeiten zu erarbeiten, um eine gemeinsames Handeln der DKP, da wo es möglich ist, zu entwickeln.

Wir fordern den Kreisvorstand Mittelfranken und den Bezirksvorstand Nordbayern auf, unser Anliegen zu unterstützen, die DKP zu erhalten und die politische Diskussion zu führen.

DKP Erlangen, 23.9.2016

DKP Kreisvorstand Mittelfranken

Liebe Genossin und Genossen der DKP Wohngebietsgruppe Erlangen,

die Ihr habt einen Beschluss mit dem Titel "Die DKP erhalten statt spalten – Diskussion statt Ausgrenzung" gefasst in dem Ihr schreibt:

"Wir fordern den Kreisvorstand Mittelfranken und den Bezirksvorstand Nordbayern auf, unser Anliegen zu unterstützen, die DKP zu erhalten und die politische Diskussion zu führen."

Die WG Erlangen ist Teil der Kreisorganisation Mittelfranken, selbstverständlich ignorieren wir einen solchen Wunsch (eine Aufforderung) nicht.

Der Kreisvorstand der DKP Mittelfranken sieht selbstverständlich seine Aufgabe darin, soweit es in seinen Möglichkeiten liegt, die DKP zu erhalten und nicht zu spalten. Mehr noch, wir sehen es als unsere Aufgabe und die der gesamten Partei die DKP in ihrer Aktionsfähigkeit, der Mitgliederzahl und Inhaltlich zu stärken und weiter zu entwickeln..

In diesem Sinne sind wir natürlich für Diskussionen und für gemeinsames Handeln auf Grundlage der Beschlüsse statt für Ausgrenzung oder Abgrenzung.

Daher sind wir auch gegen jede Fraktionsbildung in der DKP da diese dem gemeinsamen Handeln entgegensteht und eine Spaltung begünstigt

Ob das dem Anliegen des Beschlusses der WG Erlangen entspricht müsst Ihr entscheiden.

Den Beschluss als Ganzes können wir, als Kreisvorstand der DKP Mittelfranken, so nicht teilen.

Grüße

DKP Kreisvorstand Mittelfranken

01.11.2016

DKP Kreisvorstand Oberfranken

„Aus dem intensiven Austausch abweichender Meinungen entspringen die besten Lösungen...“
(Raúl Castro, laut JW-Artikel vom 12.10.2016)

Einspruch gegen die Androhung von „Ordnungsmaßnahmen“ gegen Kritiker der PV-Mehrheit

Die DKP Oberfranken lehnt die im Beschluss der letzten PV-Tagung angedrohten „organisationspolitischen Reaktionen“ entschieden ab. Wir sehen darin den unzulässigen und zudem absolut unklugen Versuch der Disziplinierung des „Netzwerkes Kommunistische Politik“. Soll mit Parteiordnungsverfahren über politische Meinungsverschiedenheiten entschieden werden?

Besonders befremdet sind wir über die Absicht, dabei eine Auswahl zu treffen – und zwischen Kritikern des PV „unterschiedlichen Grades“ differenzieren zu wollen. Egal, wer damit im Einzelnen gemeint sein soll – wir als KV der DKP Oberfranken akzeptieren keinerlei administrative Maßnahmen dieser Art. Wir würden diese deshalb als auch gegen uns gerichtet ansehen.

Nach den Bestimmungen unseres Statuts ist Fraktionsbildung klar definiert. Eine Gruppe von Mitgliedern, die auf der Grundlage unseres Programms und Statuts aktiv sind, zur Fraktion zu deklarieren, ist absurd und vom Statut nicht gedeckt.

Die allermeisten der im Netzwerk Aktiven gehören zu unseren erfahrensten und erprobtesten Mitgliedern, darunter auch Mitglieder unserer Kreisorganisation. Sie handeln ausdrücklich auf der Grundlage des Programms, gerade weil sie sich große Sorgen um die Entwicklung der Politik der DKP machen.

Wir fordern den Parteivorstand auf, Gespräche mit den Vertretern des Netzwerkes Kommunistische Politik zu führen. Eine weitere Schwächung der DKP ausgerechnet in dieser zugespitzten politischen Situation ist unbedingt zu verhindern.

Es führt kein Weg daran vorbei, die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten weiter mit Ernst und Respekt zu diskutieren. Nur so werden wir sie langfristig überwinden und auch wieder zur Stärkung der Linken insgesamt mit allen zur Verfügung stehenden Kräften beitragen können. Jede Art administrativen Vorgehens, wie

in dem o.g. Beschluss angekündigt, würden wir als existenzielle Bedrohung für den Fortbestand unserer Partei ansehen.

Wir unterstreichen, was Genosse Georg Polikeit in seinem Appell an die Partei ausführlich dargelegt und begründet hat: Wir brauchen eine „Debatte ohne verfälschende Etikettierungen. Das braucht Geduld und Weitsicht. Aber darin liegt meiner Ansicht nach die einzige Chance für die DKP, zu neuem Ansehen und zu neuer Kraft zu kommen. Alles andere führt in die totale Bedeutungslosigkeit.“

Einstimmig beschlossen am 14. Oktober 2016

für den Kreisvorstand
Rosemarie Feger, Kreisvorsitzende DKP Oberfranken

Bayreuth, 15. Oktober 2016

Antwort auf den „Beschluss des DKP Kreisvorstands Oberfranken vom 14. Oktober 2016“

Wir befürworten die vom PV angekündigten „organisationspolitischen Reaktionen“. Viel zu lange hat eine entsprechende Reaktion des PV auf sich warten lassen!

Wie lange wollen wir noch dem Treiben der so genannten „Marxistischen Linken“ sowie dem „Netzwerk kommunistische Politik“ zusehen?

Eine starke und einig Partei muss sich den Zersetzungsversuchen einer „querulierenden Minderheit“ widersetzen können – alles andere wäre der Anfang vom Ende.

Die von der „Marxistischen Linken/Netzwerk Kommunistische Politik“ vertretene Auffassung von unserer Partei, die im völligen Widerspruch zum Leninschen Parteiverständnis steht, stellt letztlich die Notwendigkeit der Existenz der DKP in Frage. Dies führt zwangsläufig zur Liquidation einer KP und jede weitere falsche Toleranz gegenüber den Parallelstrukturen der 'Marxistischen Linken' ist für uns ein Austrittsgrund.

Die Fraktion der „bunt-roten Bewegung“ wäre bei der Partei „Die Linke“ definitiv besser aufgehoben oder sollte sich gleich selbst zu einer „links-beliebigen“ Partei „transformieren“.

Mit marxistisch-leninistischem Gruß

Markus und Andreas

DKP Minden

Mit Besorgnis haben wir die Ankündigung der 5. PV-Tagung gelesen, mit „organisationspolitischen Maßnahmen“ auf Genossinnen und Genossen zu reagieren, die mit den Ergebnissen und den Orientierungen des letzten Parteitagés nicht übereinstimmen.

Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten bestehen seit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus in Europa. Trotzdem ist es bis heute gelungen, die DKP als kommunistische Partei zu erhalten. Wir werden auf längere Zeit mit diesen Differenzen leben müssen. Ihre Überwindung erfordert nicht nur geduldiges Diskutieren und Einander-Zuhören, sondern auch eine Menge theoretischer Arbeit, um die neuen ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklungen zu erfassen und unsere Strategie und Taktik darauf abzustellen. Sie erfordert, die Erfahrungen der Praxis gründlich auszuwerten und uns stärker als bisher um das subjektive Bewusstsein unserer Bevölkerung in seiner Widersprüchlichkeit zu kümmern. Sie erfordert eine ungeschönte Analyse der Kräfte der Partei. In allen diesen Aspekten sehen wir große Defizite.

Wir haben den Eindruck, dass die Orientierung auf flächendeckende Eigenkandidaturen zum Ersatz wird für die gründliche Analyse und aktive Unterstützung der vorhandenen Bewegungen wie z.B. dem breiten anti-monopolistischen Widerstand gegen TTIP/CETA/TiSA, der Entwicklungen in den Gewerkschaften und das

Bemühen um breite Bündnisse, die eine weitere Rechtsentwicklung aufhalten, das Kräfteverhältnis in unserem Land verändern und die Voraussetzungen für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt schaffen können. Stattdessen beschäftigt sich ein Großteil der PV-Referate mit angeblichen Gefahren durch „Abweichler“.

Die Lebenswelten und politischen Erfahrungen unserer Gen. sind sehr verschieden, was sich auch in ihren politischen Schlussfolgerungen niederschlägt. Die „große Klammer“ wie früher z.B. das Vertrauen auf den gesellschaftlichen Fortschritt und den Vormarsch des Sozialismus fehlt heute nach der Niederlage. Das führt zur Verstärkung der Differenzen und zu verschiedenen Suchbewegungen, wie aus der Misere herauszukommen ist – zusätzlich getrieben durch die drohende Überalterung.

Angemessene Formen des Umgangs miteinander wurden u.E. auf der Ebene der Gesamtpartei nicht gefunden. Etikettierungen ersetzen zunehmend gründliche Debatten. Scholastik trat an die Stelle aktueller wissenschaftlicher Bemühungen, die heutige Welt zu erfassen. Differenzen wurden zu Machtkämpfen. Die Atmosphäre der letzten Parteitage erlebten unsere Delegierten als erschütternd. Die vorhandenen Gräben seitens des PV noch weiter zu vertiefen wäre für die DKP existenzgefährdend.

Organisationspolitische Maßnahmen werden voraussichtlich zu weiteren Verlusten von Mitgliedern führen, bei uns insbesondere bei den noch gewerkschaftlich und betrieblich Aktiven. Das können wir uns nicht leisten.

DKP Minden, Oktober 2016

DKP-Gruppen Essen Frohnhausen/Holsterhausen und Essen Mitte-Süd

Wir sind der Auffassung, dass

1. es sich beim 'Netzwerk Kommunistische Politik' sowie seinen Überschneidungen mit dem Verein 'Marxistische Linke und dem von der DKP enteigneten Internetportal kommunisten.de um eine Fraktion handelt.
2. es gegen unser Organisationsprinzip verstößt, wenn Beschlüsse des Parteitags oder des Parteivorstands boykottiert und ihre Umsetzung behindert werden. Das ist unter anderem bei der Bundestagswahl der Fall. Der demokratische Meinungsbildungsprozess wird hier von der Opposition missachtet und die Einheit der Partei in Frage gestellt.
3. Wir sind dafür, mit allen, die ehrlich dazu bereit sind, die inhaltliche Debatte weiter zu führen und begrüßen den Vorschlag des PV, dies in einer Diskussion um eine Präzisierung unserer anti-monopolistischen Strategie im Rahmen der Debatte um die Leitanträge für den nächsten Parteitag zu tun.

Keine Abstimmung, aber auch keine Stimme gegen diese Position

DKP Elmshorn

Die DKP Elmshorn weist den Beschluss der letzten Tagung des Parteivorstandes zum Netzwerk Kommunistische Politik zurück und fordert die Eischätzung, es handele sich um eine „Fraktion“, zum Umgang mit der „Maßnahmen“ und „organisatorisch-politische Reaktionen“ erfolgen würden, zurückgenommen werden.

Die Bestimmungen des Statuts sind klar definiert, eine irgendwie geartete Fraktion, die auf der Grundlage des Programms und Statuts agiert, ist ein Widerspruch in sich selbst. Die im Netzwerk aktiven Mitglieder handeln auf der Grundlage des Programms auch in der DKP Gruppe Elmshorn.

Wir fordern den Parteivorstand auf endlich Gespräche mit den Vertretern des Netzwerkes Kommunistische Politik zu führen, mit dem Ziel eine weitere Schwächung der DKP zu verhindern und die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten weiter zu diskutieren mit dem Ziel sie langfristig zu überwinden.

Folgende Gruppen haben sich auf ihren Versammlungen mit dem Beschluss der 5. Parteivorstandstagung befasst und unterstützen ihn:

- DKP Köln-Mülheim
 - DKP Oldenburg
-

Genossinnen und Genossen aus dem Bezirk Ruhr-Westfalen

Essen, den 21.10.2016

Liebe Genossinnen und Genossen des Parteivorstands,

wir haben die DKP-Information Nr. 5 gelesen und es macht uns große Sorge, dass dort Sanktionen gegen Genoss*innen der Partei aufgrund – wie es der Parteivorsitzende interpretiert – „Bildung einer Fraktion in der Partei“ angekündigt werden.

Wir widersprechen diesem Urteil und halten ein Beschlussvorhaben, das Sanktionen wie Parteiausschluss u. a. vorsieht, für falsch. Nicht nur, dass sie dem Programm und Statut unserer Partei widersprechen würden. Wir halten es für fatal, auf diese Art und Weise mit den Auseinandersetzungen in unserer Partei umzugehen.

Es würde die Partei weiter zersplittern, statt sie zusammenzuführen. Wir sind der Meinung, dass weitere Diskussionen notwendig sind. Wir müssen wieder aufeinander zugehen und miteinander reden lernen. Das ergibt sich schon allein aus der Verantwortung, die wir angesichts der zugespitzten politischen und sozialen Lage auf allen Ebenen haben. Wir stehen vor der schweren Aufgabe, in möglichst breiten Bündnissen gegen die ständig anwachsende Rechte vorzugehen sowie für die Organisierung einer starken Linken mit Sorge zu tragen. Und schließlich auch dazu beizutragen zu verhindern, dass die Partei Die Linke aus dem Bundestag fliegt.

Die Unterzeichner*innen dieses Schreibens sind der Meinung, dass eine sachbezogene, solidarische und produktive Debatte ohne Ausgrenzungen von Meinungen über die grundsätzlichen Differenzen in der Partei fortgeführt werden muss. Wir denken, dass es viele Genoss*innen in unserer Partei gibt, die darüber immer noch nicht oder nur bruchstückhaft im Bilde sind. Es muss in unserer Partei möglich sein, darüber zu diskutieren, welche Rolle eine kommunistische Partei heutzutage spielen muss und kann und wie ihre Politik ausgerichtet sein sollte. Das kann aber nur auf der Grundlage dessen geschehen, dass alle sich ein Bild darüber machen können, worin die sachlichen und politischen Meinungsverschiedenheiten in unserer Partei bestehen.

Unverzichtbar ist für uns, dass diese Diskussion auf der Grundlage unseres Programms von 2006 geführt werden muss.

Wegen dieses großen Diskussionsbedarfs in unserer Partei halten wir es für zwingend geboten, wieder miteinander ins Gespräch zu kommen und somit auch dem Rückzug vieler Genoss*innen aus der Partei entgegenzuwirken.

Wir unterbreiten daher unserem Bezirk Ruhr-Westfalen folgende konkrete Vorschläge:

Vorschlag Nr. 1:

Der Bezirksvorstand bildet einen Kreis von Genoss*innen mit den unterschiedlichen Positionen. Dieser hat die Aufgabe, Diskussionsprozesse zu initiieren und zu organisieren. Ziel dabei sollte sein, die divergierenden Meinungen wieder und weiter zur Aussprache zu bringen. Es könnten z.B. regelmäßige Veranstaltungen auch mit Referenten und anschließender Diskussion stattfinden.

Vorschlag Nr.2:

Womöglich sollte dies auch auf den Kreisebenen stattfinden, wo kleinere Kreise von Genoss*innen mit den unterschiedlichen Positionen zu bilden sind, die Diskussionsveranstaltungen in Absprache mit dem Kreis ins Leben rufen.

Das sind organisationspolitische Vorschläge, die dazu beitragen können, die Zusammenarbeit in unserer Partei wieder herzustellen und zugleich einem weiteren Zerfall der Partei entgegenzuwirken. Ein solcher Diskussionsprozess würde auch die Bildung marxistischen Wissens und Verständnisses befördern.

Und er könnte vermitteln, dass Toleranz und Respekt gegenüber abweichenden Positionen unabdingbar für die Diskussionskultur in unserer Partei sind und darüber hinaus, um wieder eine anerkannte Rolle als Partnerin für andere politische Kräfte zu spielen. Das Aushalten anderer und oft gegenteiliger ideologischer und politischer Positionen hat uns seinerzeit zu einer respektierten Partnerin in der Linken, in der Friedensbewegung und in anderen sozialen Bewegungen gemacht.

Gegenwärtig ist zu befürchten, dass wir aufgrund unserer internen, oftmals auf der Grundlage von Halbwissen geführten Auseinandersetzungen, von Lagerbildung und Blockadehaltung sowie der Absicht der Parteiführung, den Problemen allein auf administrative Weise beizukommen, kein ernstzunehmender Diskussionspartner in den Bewegungen mehr sind. Deswegen sollten wir alles daransetzen aus dieser Situation herauszukommen, um wieder zu einer geschätzten Partnerin der linken Opposition in diesem Land zu werden.

In diesem Sinne wünschen und erwarten wir von Euch eine baldige Erwiderung.

Günter Düsing, Bochum
Alice und Klaus Czyborra, Essen
Ullrich Indersmitten, Essen
Petra Leonartz, Essen

Ursula Möllenberg, Gelsenkirchen
Hilla Eigemeier, Recklinghausen
Karla Leonartz-Aksu, Voerde
Christa Steinert, Voerde